

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich: Tagesblatt Riela.  
Bismarckstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riela, des Finanzamts Riela und des Hauptzollamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1581  
Circuloff: Riela Nr. 52.

Nr. 215.

Dienstag, 15. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zahlrauber und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, Netto Tarife. Gemäßigter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riela. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riela. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riela; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittzsch, Riela.

## Die Ueberreichung des französischen Memorandums.

Berlin. (Dankspruch.) Heute mittag 12 Uhr hat der französische Botschafter de Margerie dem Außenminister Dr. Stresemann das angekündigte Memorandum der französischen Regierung übergeben. Der Wortlaut des Memorandums wird am Donnerstag früh veröffentlicht werden. Es wird in ihm, wie bekannt, lediglich festgestellt, daß es nach Auffassung der alliierten Regierungen wünschenswert erscheint, nunmehr eine Ministerkonferenz stattfinden zu lassen. Ein Ort hierfür wird nicht genannt. Hinsichtlich des Zeitpunktes erachten die alliierten Regierungen Ende September oder Anfang Oktober für geeignet und erwarten eine deutsche Antwort hierauf. Die Antwort wird erst erfolgen, nachdem sich das Kabinett mit der materiellen Frage befaßt hat. Eine Kabinettsitzung ist für Montag einberufen worden. Erst danach wird weiteres über die materiellen und formellen Fragen gesagt werden können.

Angesichts der heute mittag erfolgten Ueberreichung der alliierten Einladung an Deutschland haben sich die führenden Kreise der Reichstagsparteien zum größten Teil wieder in Berlin eingekunden, um an den vorbereitenden Besprechungen teilnehmen zu können. Die Tatsache, daß Reichkanzler Dr. Luther die Reichsminister erst Montag nächster Woche zu einem Kabinettsrat nach Berlin berufen hat, läßt darauf schließen, daß frühestens am Dienstag, den 22. September, ein offizieller deutscher Beschluß über die Teilnahme an der vorgeschlagenen Konferenz vorliegen wird. Bis dahin wird Außenminister Dr. Stresemann die Führungsnahme mit allen in Betracht kommenden Entente-Regierungen hergestellt haben, sobald man in Berlin ein genaues Bild von der neuen außenpolitischen Situation gewonnen haben kann.

Aus den Mitteilungen informierter Kreise kann man entnehmen, daß das Kabinett Luther-Stresemann vor eine ziemlich schwierige Aufgabe gestellt ist und daß es dem Reichkanzler und dem Außenminister nicht sehr leicht fallen wird, auf die alliierte Einladung schon in wenigen Tagen eine präzise Antwort zu geben. Der Bericht, den der deutsche Sachverständige auf der Londoner Juristenkonferenz, Dr. Gauß, dem Reichkanzler und dem Außenminister über den Verlauf der Juristenbesprechung erstattet hat, ist keineswegs so optimistisch gehalten, daß man deutscherseits die Situation günstiger als bisher

beurteilen könnte. Gerade in der Beurteilung der Rechtsfragen bestehen noch sehr wesentliche Meinungsverschiedenheiten, die auf der angekündigten Konferenz ausgleichlich werden müssen und die eine weitere Beteiligung der juristischen Sachverständigen erforderlich machen dürfte. Hinzu kommt noch, daß man in den Berliner Regierungskreisen noch völlig im Unklaren über die Generalerörterungen der alliierten Staatsmänner gehalten ist und daher ein gewisses Mißtrauen hegt, das erst dann als beseitigt gelten kann, wenn man Deutschland über alle Abmachungen unterrichtet haben wird.

Die von den alliierten Regierungen in Aussicht genommene Konferenz soll nach neuen Meldungen erst in der zweiten Oktoberwoche in Lausanne eröffnet werden. In den Berliner Regierungskreisen nimmt man an, daß es sich dabei um die große Balkonkonferenz handeln wird, die zu positiven Ergebnissen führen soll. Selbst wenn man es zunächst für praktisch halten würde, eine Fühlungnahme unter den Staatsmännern herzustellen, so könnte doch kein Zweifel daran bestehen, daß in dem Augenblick der offiziellen Charakter der Konferenz festgelegt werden muß, wo man zu einer sachlichen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und den Alliierten kommen will. Die deutschen Vertreter werden sich nämlich nur dann in der Lage sehen, auf die alliierten Vorschläge einzugehen, wenn sie im Besitz erdächtiger Vollmachten sind, und wenn auf der anderen Seite die alliierten Vertreter die Erklärung abgeben können, daß sie im Namen ihrer Regierungen sprechen. Aus diesen Gründen legt man den größten Nachdruck auf die Tatsache, daß die alliierten Regierungen den Abschluß eines Sicherheitspaktes schon im Laufe des Oktober herbeiführen wollen und zu diesem Zwecke die deutsche Regierung dazu einladen, die mündlichen Verhandlungen in der zweiten Oktoberwoche zu eröffnen.

Unter diesen Gesichtspunkten wird das Reichskabinett am Montag der kommenden Woche einen Beschluß darüber zu fassen haben, ob es die alliierte Einladung annimmt und ob man bis dahin in der Lage sein wird, deutscherseits ein fertiges Verhandlungsprogramm aufzustellen. Schließlich dürfte man sich deutscherseits auch darüber schlüssig werden, welche Zusammenlegung die deutsche Delegation für die Sicherheitskonferenz erhalten soll und ob der Reichsminister des Innern Schiele an den Verhandlungen teilnehmen wird oder nicht. Alle diese Beschlüsse werden einen endgültigen Charakter haben, damit man in der Lage ist, zu einer klaren Beurteilung der Gesamtsituation zu gelangen.

## Zwischen zwei Feuern.

Berlin. Der Vormarsch des Kabinetts Luther wird auch in Zukunft nicht ungehindert sein. Seine Außenpolitik wird von rechts, seine Innenpolitik von links angegriffen. Wir sehen heute von den Schwierigkeiten ab, die innerhalb der deutschnationalen Partei der Parteipolitik der Reichsregierung entgegenstehen, und wenden uns lediglich den beiden Parteien zu, die am Sonntag begonnen haben. In Köln hat sich die Wirtschaftspartei verlammt, die nun den Namen „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“ annimmt und ihren Aktionsradius zu vergrößern sucht. Der im Reichstag ein wenig in den Hintergrund getretene und nicht zum Fraktionsvorsitzenden gewählte Professor Dr. Bredt hielt in Köln eine Rede über die allgemeine Politik, worin er sich zur Außenpolitik des Kabinetts Luther durchaus ablehnend äußerte; ein Schwereitspakt dürfe nur geschlossen werden, wenn für Deutschland nennenswerte Vorteile, z. B. schnelle Räumung des Rheinlandes heraussprängen. Die Wirtschaftspartei hat bisher im allgemeinen die Reichsregierung unterstützt, ist aber an ihr nicht beteiligt und kann sich daher den Luxus gestatten, ein wenig Opposition zu machen, mit der sie wohl einen Teil der enttäuschten deutschnationalen Wähler an sich zu ziehen hofft. Jede loyal können wir dies Verhalten nicht finden. Der Abg. Dewitz polemisierte gegen das Reichskabinett, weil es nicht genügend die Interessen des Mittelstandes gewahrt habe. Und solche Opposition ist leicht, wenn eine Partei sich ausdrücklich auf die Vertretung der Interessen eines einzelnen Berufsstandes beschränkt, die natürlich von einer das Gesamtwohl im Auge behaltenden Regierung nie reiflich berücksichtigt werden können. Wenn die „Reichspartei des deutschen Mittelstandes“ den Begriff Mittelstand nicht sehr weit faßt und darunter auch die mittleren Schichten der Angestellten und Beamten begreift, also auch einen großen Teil der Konsumenten, dann wird sie als einseitige „Klassenpartei“ kein erkennbares Bereicherung des deutschen Parteiwesens bilden. Sucht sie dagegen in sich die Interessen verschiedener und großer Berufsgruppen auszugleichen und eine verlässliche Politik der Mitte durchzuführen, so kann sie vielleicht einmal ganz nützlich als Recht im parteipolitischen Kampfe wirken.

Zur selben Zeit hielt auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Heidelberg der Vorsitzende Weis seine Einberufungsrede. Auch er sagte dem Kabinett Luther scharfen Kampf an, der mit der Wiedererringung der politischen Macht im Reich durch die Sozialdemokratie enden müsse. Hier war es die Wirtschafts- und Innenpolitik, die den Gegenstand der Opposition bildete, aber die volle Glut konnte ebenfalls nicht ausbrechen in dem Augenblick, da man

das Andenken Friedrich Eberts feierte und das Gelöbnis ablegte, in seinem Sinne weiter zu wirken. Der war doch wirklich kein wilder Radikaler. Und da auch die kommunistische Konkurrenz als ziemlich überwunden gilt, so wird der Anturum von Vins doch wohl vorläufig nicht lebensgefährlich werden.

## Zum Lohnstreik bei der Reichsbahn.

Düsseldorf. Die hier abgehaltene Hauptversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands (Bezirksleitung Elberfeld), die von Abgeordneten der Beamten, Angestellten und Arbeiter besucht war, nahm zu den Lohnverhandlungen bei der Eisenbahn und besonders zu dem am 10. September gefällten Schiedsspruch Stellung. Sämtliche Vertreter erklärten ausdrücklich, daß sie nicht gemißt seien, die Deutschland durch die Dameselachen auferlegten Verpflichtungen zum großen Teil allein zu tragen. Der Hauptvorstand wurde beauftragt, sofort Vorbereitungen für die bevorstehenden Kämpfe zu treffen.

## 450-Jahrfeier und 1000-Jahrfeier der Stadt Reuß.

Reuß. Zur Erinnerung an die Belagerung von Reuß durch den Herzog von Burgund und die Entsetzung der Stadt durch Karl den Kühnen, wodurch die Rheinlande dem Deutschen Reich erhalten blieben, fand am Sonnabend und Sonntag eine große Feier statt, zu der u. a. der preussische Minister des Inneren Seering und der Vertreter des Reichsministers für die besetzten Gebiete erschienen waren. Minister Seering überbrachte beim Festakt am Sonntag die herzlichsten Glückwünsche der Reichsregierung und den Dank für die Treue, die die Stadt dem Staate hielt, als sie den Separatismus ablehnte.

Nach dem Festakt wurde die Geländeausschließung im Museum eröffnet. Bei dem Festakt am Nachmittag teilte Oberbürgermeister Daeppel mit, daß zur bleibenden Erinnerung an die Feier beschlossen worden sei, eine neue 14-klassige Volksschule zu errichten, die einen auf diese Feier hinweisenden Namen tragen soll. Außerdem sollte ein Heim für Kleinrentner errichtet werden.

Gebietrat Dr. Clausen entbot im Namen des Reichsministers für die besetzten Gebiete der Stadt herzlichste Grüße.

## Stahlhelmtag 1926 in Hannover.

Hannover. Der nächste Frontsoldatentag (Stahlhelmtag) für ganz Deutschland wird am 5. und 6. Juni in Hannover veranstaltet.

## Kann Deutschland die Dameszahlungen leisten?

Ein Londoner Interview Dr. Schacht.

London. Der Chefredakteur der Financial Times, Baret, gibt in einem Artikel über die Frage, ob Deutschland Reparationen zahlen kann, eine Unterredung wieder, die er mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht hatte.

Darauf erklärte Dr. Schacht u. a., es sei eine Streitfrage in Deutschland, ob Deutschland imstande sein werde, von 1928 an jährlich 2½ Milliarden Mark zu zahlen, wie dies im Dames-Plan vorgesehen sei. Nach seiner Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse sei er überzeugt, daß Deutschland hierzu imstande sein werde, wenn die notwendigen Vorbedingungen gewährt würden. Hierunter verhehe er die im Dames-Plan selbst angegebenen Voraussetzungen, wozu besonders das Fernbleiben politischer Störungen gehöre. Inzwischen aber seien die Alliierten häufig nahe daran gewesen, ihren eigenen Plan zu sabotieren. Die Verlängerung der Ruhrbesetzung und die Nichträumung der Röhre Zone an dem im Verfall der Vertrag bezeichneten Datum seien zwei Fälle, wo die Politik in das deutsche Wirtschaftsleben eingegriffen habe. Die Besetzung durch fremde Truppen habe, wenn sie auch noch so korrekt durchgeführt werde, in volkswirtschaftlicher Hinsicht schädlichen Einfluß auf die Bevölkerung. Niemand im besetzten Gebiet fühle sich in seinem Hause sicher. Es sei bezweifelnd, daß im besetzten Gebiet die Sicherheit der Zahlung von 2½ Milliarden für die Sicherheit der Zahlung von 2½ Milliarden politischer Einmischung. Was die Lösung des Transferproblems betreffe, so sei die Voraussetzung, daß Deutschlands Handelsbilanz aktiv werde; denn nur aus dem Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr können Reparationszahlungen weiterhin erfolgen. Eine internationale Zusammenarbeit sowohl bei der Erzeugung als auch bei der Verteilung der Waren sei für Deutschlands Wiederaufstieg erforderlich. Ferner müsse Deutschland Betriebskapital erhalten. In diesem Zusammenhang sollten die britischen Kapitalisten nicht vergessen, daß die Steigerung der deutschen Kaufkraft gleichzeitig eine Steigerung der deutschen Kaufkraft bedeute und daß mit letzterer die Nachfrage nach britischen Waren in Deutschland zunehmen werde. Zum Schluß trat Dr. Schacht für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem britischen und dem deutschen Kapital ein und erklärte: „Es kann in diesem Augenblick noch nicht beurteilt werden, ob der Dames-Plan in seiner Gesamtheit sich durchführen lassen wird oder nicht. Auf jeden Fall bringt er uns alle einander näher.“

## Reutenbankanleihe in Amerika.

Berlin. Die Deutsche Reutenbank-Kreditbank (Landwirtschaftliche Zentralbank) teilt mit:

Die Verhandlungen mit der National City Company in New York wegen einer amerikanischen Anleihe für landwirtschaftlichen Realcredit in Deutschland sind am Sonnabend, den 12. September, abends, zum Abschluß gekommen. Danach übernimmt die National City Company von der Deutschen Reutenbank-Kreditbank Schuldschreibungen in Höhe von 25 Millionen Dollar, rückzahlbar zu pari, zu einem Jahreszinsfuß von 7 Prozent auf 25 Jahre bei einer Tilgung von ca. 1½ Prozent jährlich zusätzlich ersparter Zinsen.

Zinsen und Amortisation werden am 15. März und 15. September jeden Jahres fällig, erstmalig am 15. 3. 26.

Der Deutschen Reutenbank-Kreditbank steht das Recht an, die Anleihe auch zu früherer Rückzahlung im ganzen oder in Teilbeträgen, ebenfalls zu pari, erstmalig am 15. September 1935, sodann zu jedem späteren Rindermin zu kündigen. Die Anleihe soll in diesen Tagen zum Antritt von 98 Prozent in den Vereinigten Staaten aufgelegt und ihre Zulassung an der New Yorker Stock Exchange beantragt werden.

Die Anzahlung des Gegenwertes der Schuldschreibungen an 88 Proz. soll gegen Ende dieses Monats erfolgen.

New York. Ein Syndikat, dem u. a. die National City Bank und die Firma Harris, Forbes u. Co. angehören, wird Mitte der Woche öffentlich 25 Millionen Dollar von Anteilen der Reutenbankanleihe anbieten. Für einen wesentlichen Teil der Anleihe besteht Interesse in Holland, Schweden und der Schweiz, wo die Reutenbankanleihe zur Auflage gelangen soll.

## De Monzie in Berlin.

Berlin. Der französische Unterrichtsminister de Monzie trat gestern Abend 9 Uhr mit dem fahplanmäßigen Zuge von Kopenhagen als erster französischer amtierender Minister in Berlin ein. Zum Empfang hatten sich auf dem Bahnhof der französische Botschafter, der französische Generalkonsul und ein Vertreter des Auswärtigen Amtes eingefunden. Der Aufenthalt de Monzies in Berlin hat nur den Zweck kultureller Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich. Bei der angekündigten Unterredung mit dem preussischen Kultusminister wird de Monzie wahrscheinlich auch die Frage der Einheitschulenaufhebungen, über die er bereits in einem Kopenhagener Vortrage gesprochen hat. Der Minister wird heute Abend Berlin wieder verlassen.